



KT-Drucks. Nr. 099/2013/1

Landratsamt Böblingen, Postfach 1640, 71006 Böblingen

Der Landrat

öffentlich

Dezernent

Alfred Schmid
Telefon 07031-663 1640
Telefax 07031-663 1269
a.schmid@lrabb.de

05.07.2013

**Handlungskonzept "Bildung für den Landkreis Böblingen"
- Sachstandsbericht**

Anlage 1: Aktualisierung Bildungsbericht zum Thema Inklusion
Anlage 2: Antrag CDU
Anlage 3: Antrag Freie Wähler
Anlage: Handlungskonzept Bildung

I. Vorlage an den

Kreistag
Beschlussfassung

22.07.2013

II. Beschlussantrag

Das Handlungskonzept „Bildung im Landkreis Böblingen“ wird zur Kenntnis genommen.

III. Begründung

Beratungsstand

Das Handlungskonzept wurde im Bildungs- und Sozialausschuss eingeführt und dort am 1. Juli 2013 unter Berücksichtigung der Anträge der FW und der

CDU ausführlich beraten. Durch Beschluss des Bildungs- und Sozialausschusses wurde die Verwaltung beauftragt eine Liste der umzusetzenden Maßnahmen, geordnet nach Zuständigkeit, vorzulegen und diese zu priorisieren. Ferner wurde beschlossen, das Ergebnis dem Bildungs- und Sozialausschuss am 23. September vorzulegen.

Im Hinblick auf die hohe Bedeutung des Handlungskonzeptes wird dieses dem gesamten Kreistag zur Kenntnis gegeben.

Kreispolitische Initiativen

Aus der Mitte des Kreistags gab in den Jahren 2008 und 2009 zwei Initiativen:

Die SPD-Fraktion beantragte im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 die Aufstellung eines Masterplanes „Kommunale Bildungslandschaft Kreis Böblingen“, der als Grundlage für politische Entscheidungen, Handlungsperspektiven und inhaltlich-strukturelle Maßnahmen dient. Von besonderer Bedeutung sei dabei die Verzahnung mit den schulischen Angeboten in den Gemeinden und Städten. Dabei wurde explizit auf die Bildungsregion Ravensburg als Referenz verwiesen, die den ersten Kreisbildungsbericht in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Döbert vorgelegt hatte (vgl. Anlage 11 zu Kreistagsdrucksache Nr. 111/2008).

Die FWV-Fraktion beantragte 2009, dass der Landkreis unter Beteiligung der Städte und Gemeinden und der örtlichen Bildungsträger im Landkreis die Gründung einer Bildungsregion im Rahmen des damals neu aufgelegten Landesprogramms initiiert. Parallel sollte unter Beteiligung der Städte und Gemeinden und der weiteren Bildungsträger ein Kreisbildungsplan aufgestellt werden. Damit sollte in interkommunaler Vernetzung eine bessere Transparenz und Weiterentwicklung vorhandener Angebote erreicht werden (vgl. Anlage 1 zu Kreistagsdrucksache Nr. 30/2009).

Bundesprogramm „Perspektive Berufsabschluss“ und Bildungsbericht

Im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiiert wurde und von diesem und dem Europäischen Sozialfonds bis 30.09.2013 vollfinanziert wird, bot sich die Chance ein Regionales Übergangsmangement im Landkreis Böblingen zu installieren (vgl. Kreistagsdrucksachen 130/2010 und 63/2011), bestehende Ansätze ressortübergreifend und in guter Partnerschaft mit den Bildungsakteuren weiterzuentwickeln und vom einem zusätzlichen Innovationsschub des Bundesprojekts und Praxiserfahrungen aus anderen Städten und Landkreisen zu profitieren. Im Förderantrag war auch die Vergabe eines Kreisbildungsberichts / Regionalen Bildungsmonitorings im finanziellen Rahmen von 60.000 Euro enthalten. Damit hat die Landkreisverwaltung die Initiativen aus der Mitte des Kreistags aufgegriffen, die in der Beauftragung der Kreisverwaltung im Jahre 2010 mündete, ein Handlungskonzept „Bildung im Kreis Böblingen“ mit einer Schwächen-Stärken-Analyse zu erstellen, aus der bildungspolitische Leitziele und konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können (vgl. Kreistagsdrucksache 26neu/2010).

Nach der Vorstellung des extern erstellten Berichts und dessen Verabschiedung wurde die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit dem Koordinationsgremium „Runder Tisch Bildungsforum“ ein kreisweites „Handlungskonzept Bildung“ zu entwerfen (vgl. Kreistagsdrucksache 171/2012).

Im Koordinationsgremium „Runder Tisch Bildungsforum“ arbeiten Vertreter der Schulen, der Agentur für Arbeit, des Jobcenters, der Kreishandwerkerschaft, der IHK, der Kreistagsfraktionen, der Städte und Gemeinden, der Liga der freien Wohlfahrtspflege, des Regierungspräsidiums sowie des Staatlichen Schulamts unter der Moderation des Landrates mit. Dieses Gremium hat die Erstellung der Leistungsbeschreibung für den ersten Kreisbildungsbericht sowie die Vergabe begleitet. Koordiniert und eng begleitet wurde die Berichterlegung durch die Fachstelle „Bildungsforum Landkreis Böblingen“ und Vertreter der Landkreisverwaltung.

Zukunftswerkstatt des Landkreises: Entwicklung des Handlungskonzepts

Um die im Bildungsbericht enthaltenen Handlungsempfehlungen gemeinsam mit Bildungsakteuren und weiteren Beteiligten in passgenaue Strategien für den Landkreis zu übertragen, organisierte das Bildungsforum im Februar diesen Jahres eine zweitägige Zukunftswerkstatt in Zusammenarbeit mit externen Moderatoren.

An der Zukunftswerkstatt nahmen rund 60 Personen teil. Etwa 25 davon gehören dem Koordinationsgremium „Runder Tisch Bildungsforum“ an. Weitere Teilnehmende, die sich in der Zukunftswerkstatt aktiv einbringen konnten, kamen aus ganz unterschiedlichen Beziehungsgruppen? im Kontext von Bildung im Landkreis. Beteiligt wurden dabei neben „klassischen Bildungsakteuren“ wie Schulaufsicht, Schulträgern und Kammern z.B. Eltern, Jugendliche, Behindertenvertretungen, Mitglieder des Kreistags, Jugendreferenten, Vertreter kirchlicher Jugendarbeit und Schulsozialarbeiter.

Inhaltlich gliederte sich die Arbeit in der Zukunftswerkstatt in sieben Themenfelder. Sechs der sieben Themenfelder wurden aus den Handlungsempfehlungen des Bildungsberichts abgeleitet. Zudem gab es einen offenen siebten Themenbereich, der aus den Bedarfen der Teilnehmenden heraus vor Ort benannt werden konnte. Aus diesem Bereich ergab sich das Thema „Jugendbeteiligung“.

Die Themenfelder der Zukunftswerkstatt:

1. Frühkindliche Förderung
2. Schule entwickeln
3. Übergang von der Schule in den Beruf / Berufliche Bildung
4. Non-formale Bildung
5. Inklusion
6. Chancengleichheit (Cultural Mainstreaming und Gender Mainstreaming)
7. Jugendbeteiligung
8. Querschnittsthema: Nachhaltigkeit der kreisweiten Zusammenarbeit der Bildungsakteure

Die Ergebnisse und die entwickelten Projekte der ersten Zukunftswerkstatt wurden den Teilnehmenden zugeschickt. Der daraus entstandene Entwurf des „Handlungskonzepts Bildung“ wurde in einer zweiten Runde mit den Akteuren beraten.

Mit der Zukunftswerkstatt gelang ein Dialog und Austausch aller Beteiligten auf Augenhöhe. Indem der Prozess bis zum fertigen Konzept für den Kreistag weitergeführt wurde, ging der Landkreis Böblingen in punkto Beteiligungsverfahren neue Wege.

Im Folgenden werden die wichtigsten Schwerpunkte und Maßnahmen des Handlungskonzepts im Überblick aufgelistet (vgl. zu Details das beigefügte umfangreichere Papier):

1. Themenfeld „Frühkindliche Bildung“

Schwerpunkte bilden hier vor allem der Ausbau der Kindertagesbetreuung, die frühkindliche Sprachförderung und die Inklusion im Kitabereich. Neben Maßnahmen, die bereits umgesetzt wurden, wie der Einrichtung zusätzlicher Kapazitäten in der Erzieherausbildung am Berufsschulzentrum Leonberg sowie der Etablierung der praxisintegrierten Erzieherausbildung am BSZ Leonberg und der Hilde Domin-Schule in Herrenberg und der Veranstaltung eines Aktionstags „Soziale Berufe“ zur Bekämpfung des Fachkräftemangels im pädagogischen Bereich am 22. Juni 2013 in Böblingen, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Freie Träger ermutigen, das Angebot an Kindertageseinrichtungen im Landkreis Böblingen mit besonderen pädagogischen Schwerpunkten zu bereichern.
- Entwicklung des Anteils an Kindern mit Sprachförderbedarf in der Einschulungsuntersuchung im Auge zu behalten.
- Entwicklung einer Konzeption mit dem Ziel, Sprachdefizite in den Familien vorbeugend zu verhindern. Dabei sollen Familien motiviert werden, ihre Kinder frühzeitig in Kindertagesbetreuung zu geben. Der Landkreis finanziert einen Modellversuch in zwei Kreisgemeinden. Denkbar wäre, die interkulturellen Bildungsbeauftragten, die im Rahmen des Projekts „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“ des Bildungsforums mit dem Landkreis kooperieren, in die Konzeption einzubinden. Die ehrenamtlich tätigen Bildungsbeauftragten vertreten (fast) durchgängig unterschiedliche MigrantInnenorganisationen aus dem Landkreis Böblingen und hätten einen direkten Zugang zu Familien mit Migrationshintergrund, in denen öfter Sprachdefizite vorkommen.
- Die Verwaltung wird ermutigt, weiterhin inklusive Modelle in Kindertagesstätten zu erproben und umzusetzen.
- Der Kreistag beauftragt die Verwaltung, Standards für inklusive Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten zu entwickeln.

2. Themenfeld „Schule entwickeln“:

Schwerpunkt bildet neben der ausschließlich öffentlichen Trägerschaft der Sonderschulen, bezüglich derer die Verwaltung keinen Handlungsbedarf sieht, die Situation der Förderschü-

lerinnen. Diese erreichen laut Prof. Döbert zu selten einen Hauptschulabschluss, hier sieht das Staatliche Schulamt keinen Handlungsbedarf. Darüber hinaus ging es in der Zukunftswerkstatt vor allem um die Schulentwicklungsplanung bzw. die integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung mit kontroversen Diskussionen.

Schulentwicklung ist ein Prozess, der viele Akteure betrifft: Staatliches Schulamt, Regierungspräsidium, verschiedene Schulträger, unter denen der Landkreis der größte ist. Das Regierungspräsidium ist die Schulaufsicht für Gymnasien und berufliche Schulen, das Staatliche Schulamt ist für die Real-, Werkreal-, Gemeinschafts-, Förder- und Sonderschulen zuständige Schulaufsichtsbehörde. Ein passendes Format für einen gemeinsamen Entwicklungsprozess muss hier erst noch gefunden werden.

Aus Sicht der Kreisverwaltung ist es zielführend, den Schulentwicklungsprozess auf kommunaler Ebene in Regionen zu organisieren und sämtliche Schularten des Einzugsbereichs einzubinden. Das Kultusministerium fordert in seinen neuen Eckpunkten zur regionalen Schulentwicklung die Orientierung an Abschlüssen. Nach den Eckpunkten des Kultusministeriums zur regionalen Schulentwicklung mit der geforderten Orientierung an Abschlüssen erscheint es sinnvoll, die Regionen um die Schulstandorte zu organisieren, an denen alle Abschlüssen angeboten werden. Zusätzlich sollten die Sonder- und Förderschulen im Zuge der Herausforderung Inklusion, die vermehrt nachgefragten Privatschulen und die beruflichen Schulen dort gleichberechtigt eingebunden werden, um beteiligungsorientiert Planungen abzustimmen und Entwicklungen zu beeinflussen.

In der Zukunftswerkstatt wurde jedoch von einer Mehrheit der Arbeitsgruppe das Modell „Runde Tische auf örtlicher Ebene“ der überörtlich integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung vorgezogen. Dort ist vorgesehen, in jeder Kommune einen eigenen Runden Tisch zur Maßnahmenplanung einzuberufen. Gesteuert werden sollen diese Runden Tische durch die Geschäftsführenden Schulleiter der jeweiligen Kommunen.

Das Kultusministerium sieht die Steuerung der regionalen Schulentwicklungsplanung durch die Staatlichen Schulämter und Regierungspräsidien vor. Richtlinien des Landes für eine Regionale Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen sind nicht integriert und werden in der zweiten Jahreshälfte erwartet. Es ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen der Enquete-Kommission „Fit für die Wissensgesellschaft“ berücksichtigt werden mit einer Stärkung der Berufsorientierung. Kammern sollen in die Überlegungen eingebunden werden.

Abgeleitete Maßnahmen aus diesem Themenfeld sind:

- Die Landkreisverwaltung bietet dem Staatlichen Schulamt und den Kommunen die Zusammenarbeit bei einer überörtlichen integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung an.
- Der Landkreis als Träger der Beruflichen Schulen und Sonderschulen beteiligt sich an der künftigen Regionalen Schulentwicklungsplanung und informiert den Bildungs- und Sozialausschuss über die Prozessergebnisse in geeigneter Weise (z.B. im Rahmen der Schulberichterstattung).
- Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, aus Anlass des zu erwarteten Schülerrückgangs den Entwurf eines gemeinsamen Schulentwicklungsplans für die beruflichen Schulen beteiligungsorientiert zu entwickeln.

3. Themenfeld „Übergang Schule-Beruf / Berufliche Bildung“

Schwerpunkte in diesem Bereich sind die Implementierung von stärkeren formalen Stützsystemen, um Übergänge zwischen allgemein bildender Schule und beruflicher Bildung zu erleichtern, die Koordinierung der Maßnahmen des Übergangssystems und die stärkere Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler mit dem Ziel, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden und die Erfolgchancen für eine Ausbildung zu erhöhen.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- Die Landkreisverwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung in Kontakt mit dem Sozialministerium zu bleiben.
- Die Weiterführung der transparenten Darstellung der Übergangmaßnahmen und die Fortführung der kreisweiten Zusammenarbeit der Akteure am Übergang Schule-Beruf ist gewünscht. Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Landesprogramm Bildungsregionen zu bewerben und mit dieser Personalstelle die Arbeit des Bildungsforums in diesem Bereich zu verstetigen.
- Die institutionsübergreifende Initiative „Laufbahneempfehlung“ wird begrüßt. Werner Diebold, Geschäftsführender Schulleiter der beruflichen Schulen im Landkreis Böblingen, wird gebeten, im Frühjahr 2014 über den Fortgang des Prozesses im Bildungs- und Sozialausschuss des Kreistags zu berichten.
- Das gd-Bildungskolleg als Träger der VBO wird gebeten, die Jugendlichen noch stärker für die Bereiche Handwerk, Gastronomie und Soziales zu sensibilisieren und entsprechend Netzwerke zu den Verbänden (z.B. Dehoga, Kreishandwerkerschaft) aufzubauen und zu verstetigen.

4. Themenfeld „Nonformale Bildung“

Im Landkreis Böblingen sind vielfältige Organisationen und Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendbildung tätig. Der Bereich Non-formale Bildung wird positiv beurteilt, der einzige Wermutstropfen ist in diesem Feld die geringe Beteiligung von Migrantinnen und Migranten sowie von sozial benachteiligten Schichten. In der Zukunftswerkstatt wurde vor allem das Projekt „Engagierte Bürger 2.0“ entwickelt. Dieses Konzept sieht vor, dass Betriebe motiviert werden, ihre Mitarbeiter für soziales Engagement freizustellen („corporate citizenship“) – Vereine und Verbände werden unterstützt und gestärkt, Betriebe profilieren sich durch Aktivitäten für die lokale Zivilgesellschaft.

Folgende Maßnahmen werden in diesem Bereich vorgeschlagen:

- Die Verwaltung wird beauftragt, sich für das Landesprogramm Bildungsregionen zu bewerben und mit freier Kapazität in diesem Bereich, ein Konzept „Engagierter Bürger“ mit geeigneten Akteuren zu entwickeln und Unternehmen dafür zu gewinnen.
- Ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund sollte in dieser Bevölkerungsgruppe beworben werden. Dabei könnten die ehrenamtlich tätigen Bildungsbeauftragten als Vermittler und Multiplikatoren tätig werden, wenn ihre Betreuung und Schulung nach Beendigung der Arbeit des Bildungsforums aufrecht erhalten werden kann.

- Organisationen, die im ehrenamtlichen Bereich (Kreissenorenrat und Kreisjugendring) aktiv sind, sollen in ihrer Arbeit durch die Kreisverwaltung weiterhin unterstützt werden.

5. Themenfeld „Inklusion“

Die Umsetzung der Inklusion gemäß UN-Konvention besitzt für den Landkreis einen hohen Stellenwert. Um Inklusion im Schul- und Kitabereich zu erreichen, müssen die unterschiedlichen Akteure in Kooperation treten und gemeinsame Strategien entwickeln. Die Verwirklichung der Projektideen aus der Zukunftswerkstatt als modellhafte Best-Practice-Beispiele bieten dafür gute Ansatzpunkte.

Die empfohlene Maßnahme ist daher neben der weiteren Kooperation zwischen Schulträgern und Schulaufsicht, die Einrichtung eines kreisweiten „Bildungsforums Inklusion“ als Expertenrat und Ideengeber unter Einbezug aller Verantwortlichen und Betroffenen. Diese institutionsübergreifende Initiative aus der Projektgruppe der Zukunftswerkstatt wird gerne aufgegriffen, da der Landkreis als Träger der Sonderschulen und der Eingliederungshilfe ein eigenes Interesse an der Umsetzung der Inklusion hat.

6. Themenfeld „Chancengleichheit“

Im Bereich Chancengleichheit wurde Wert darauf gelegt, beide Geschlechter durch passgenaue Angebote zu fördern. In der Schule sollten jedoch die Jungen verstärkt in den Blick genommen und durch entsprechende Angebote unterstützt werden.

Für Menschen mit Migrationshintergrund erscheint es zielführend, die Förderung so früh wie möglich anzusetzen. Auf Kreisebene ist das Projekt „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“ geeignet, da es die Familien über MigrantInnenvereine erreicht, die ehrenamtlichen geschulten Multiplikatoren, können Kindern und Eltern daher Unterstützung im Bezug auf Schule, Ausbildung und Beruf geben. Bezugnehmend auf das Themenfeld 1 wird es als sinnvoll erachtet, das Projekt um den Bereich Kindertagesbetreuung / frühkindliche Förderung zu erweitern.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- Die Kreisverwaltung wird beauftragt, das Projekt „Mit MigrantInnen für MigrantInnen“ im Landkreis zu verstetigen. D.h. die Arbeit der Bildungsbeauftragten weiter zu fördern, im Landratsamt zu koordinieren, Mittel für die Aufwandsentschädigung bereitzustellen und weitere Schulungsmaßnahmen zu ermöglichen. Damit sollen Familien mit Migrationshintergrund besser erreicht und unterstützt werden in Fragen zu Schule, Ausbildung und Beruf.
- Das Amt für Jugend und Bildung in Kooperation mit den Fachschulen für Sozialpädagogik und der Gleichstellungsbeauftragten werden beauftragt, im Jahr 2014 einen Fachtag zum Thema „Gender Mainstreaming“ für pädagogische Fachkräfte und interessierte Träger von Kindertageseinrichtungen durchzuführen.

7. Themengebiet „Jugendbeteiligung“

Das Thema Jugendbeteiligung wird aufgegriffen und ein Jugendbeteiligungsprozess mit Kreisjugendkonferenz auf Kreisebene initiiert. Die Initiativen des Jugendgemeinderates Böblingen, des Integrationsrates Böblingen und der SMV des Kaufmännischen Schulzentrums Böblingen werden begrüßt. Die Initiatoren des Mentoringprogramms „Do It“ werden gebeten, dieses im Bildungs- und Sozialausschuss des Landkreises vorzustellen.

8. Querschnittsthema: „Nachhaltigkeit der kreisweiten Zusammenarbeit der Bildungsakteure“

Um die weitere Zusammenarbeit der Bildungsakteure zu verstetigen und die Umsetzung der im „Handlungskonzept Bildung“ verankerten Maßnahmen zu gewährleisten, schlägt die Kreisverwaltung vor, beim Land die Einrichtung einer „Bildungsregion“ zu beantragen. Der Landkreis müsste dabei 45.000 Euro pro Jahr aufbringen, das Land würde dieselbe Summe beisteuern.

Im Jahr 2009 hatte die Verwaltung die Initiativen aus der Mitte des Kreistags (vgl. Kreistagsdrucksache 156/2009) aufgegriffen. Der Bildungs- und Sozialausschuss lehnte damals die Beantragung einer Bildungsregion ab, mit dem Hinweis auf die dreijährige Befristung des Landesprogramms. Diese Befristung wurde nun vom Land aufgehoben und das erfolgreiche Programm wird weitergeführt. Inzwischen beteiligen sich landesweit 24 Stadt- und Landkreise an dem Landesprogramm. Das Land setzt keine inhaltlichen Vorgaben für die Arbeit. Die beiden strukturellen Vorgaben (Bildungsbüro, Steuerungsgruppe) entsprechen exakt der bewährten Arbeitsweise im Rahmen des Bundesprogramms Perspektive Berufsabschluss, welches am 30.09.2013 endet.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Einrichtung einer Bildungsregion im Landkreis bedarf einer breiten kreispolitischen Zustimmung, auf der Basis eines gemeinsamen Bildungsverständnisses und gemeinsamer regionaler Ziele, die Bildungsangebote und -aktivitäten passgenau und anschlussfähig aufeinander abzustimmen. Ziel ist es, zunächst im Fachausschuss und sodann in den Fraktionen die vorgeschlagenen Umsetzungsmaßnahmen im Einzelnen zu bewerten und im Anschluss daran eine Entscheidung zur Bildungsregion herbeizuführen

Weiteres Vorgehen

Die Verwaltung wird die vom BSA gewünschte Übersicht der Maßnahmen zusammenstellen, wie erbeten priorisieren und fristgerecht vorlegen.

IV. Finanzielle Auswirkung

-



Roland Bernhard